



Update aus Berlin

März'24 (I)

... und was sagst Du?

**90 SEKUNDEN
GRUNDGESETZ**

**EUER BEITRAG
ZUR DEMOKRATIE!**



www.bernhard-daldrup.de/grundgesetz



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

endlich konnten wir in der vergangenen Woche das Rentenpaket II vorstellen und die Ressortabstimmung starten. Damit lösen wir ein zentrales Wahlversprechen der SPD ein: Wir sorgen für stabile und sichere Renten. Dazu schreiben wir das Rentenniveau auf mindestens 48 Prozent fest. Zudem sorgen wir mit dem Generationenkapital dafür, dass der Anstieg der Rentenbeiträge in den 2030er Jahren gedämpft wird, ohne dass mit Beiträgen an der Börse spekuliert wird. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich somit auf eine gute, sichere und stabile Rente verlassen. Für uns ist es eine Frage des Respekts, dass die Renten auch weiterhin mit den Löhnen Schritt halten. Mit uns wird es kein höheres Renteneintrittsalter über 67 Jahre hinaus geben. Auch die „Rente ab 63“ halten wir weiterhin für richtig, denn nach 45 Beitragsjahren haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich ihren Ruhestand verdient – und zwar ohne Abschlüsse.

Kluge Politik besteht nicht aus markigen Worten und Forderungen, sondern zeigt sich in konkreter Unterstützung sowie in der Fähigkeit, auch die Eskalationsrisiken zu bedenken, die jedem Krieg innewohnen. Für beides steht die Bundesregierung unter Führung von Olaf Scholz. Unser Kanzler hat dem Einsatz von Taurus-Marschflugkörpern und Bodentruppen in der Ukraine eine klare Absage erteilt. Die SPD-Fraktion unterstützt die besonnene und kluge Risikoabwägung des Kanzlers. Wir wollen nicht, dass der russische Krieg gegen die Ukraine weiter eskaliert und Deutschland zur Kriegspartei wird. Der Kanzler handelt hier gemäß seinem Amtseid, Schaden von unserem Land abzuwenden.

Russland führt aber nicht nur einen militärischen, sondern auch einen hybriden Krieg. Umso mehr gilt, dass wir uns nicht vom russischen Informationskrieg beeinflussen und auseinandertreiben lassen sollten. Putin verfolgt damit das Ziel, durch Falschinformation und gezieltes Streuen von Botschaften die Bevölkerung in westlichen Staaten zu verunsichern und aufzuwiegeln. Dem müssen und werden wir uns entgegenstellen. Gemeinsam mit unseren Partnern stehen wir fest an der Seite der Ukraine und unterstützen diplomatisch, wirtschaftlich, humanitär und militärisch – und zwar als weltweit zweitgrößter Unterstützer nach den USA.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende,

Euer



Inhalt

Meine Rede zum Gemeindefinanzreformgesetz. >>> Die Umfrage. >>> 90 Sekunden Grundgesetz - Der Videowettbewerb. >>> Regierungsbefragung mit Olaf Scholz. >>> Wir stehen für eine stabile Rente. >>> AG Kommunalpolitik. >>> Standardisierte Ladekabel für Handys, Kameras und Kopfhörer. >>> Hoher Besuch im Kreis Warendorf.

Meine Rede zum Gemeindefinanzreformgesetz.

Woher bekommen Kommunen eigentlich ihr Geld, wie finanzieren Sie sich? Klar, vor allem aus Steuern.

Damit Kommunen nicht allein von diesen Steuern abhängig sind und starke Kommunen viel, während andere wenig bekommen, müssen sie einen Teil davon an Bund und Länder abgeben, die sogenannte Gewerbesteuerumlage. Im Gegenzug werden die Kommunen an Steuern beteiligt, die Bund und Länder bekommen: Die Einkommensteuer etwa und die Umsatzsteuer. Das ist grundsätzlich ein gutes System, weil es einerseits die eigenen Einnahmen sichert und die kommunalen Finanzen stabilisiert, ohne sie nur von der Konjunktur abhängig zu machen. Für die Verteilung der Einkommensteuer an die Kommunen braucht es Maßstäbe und die setzt das Gemeindefinanzreformgesetz, das wir heute verabschieden.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird von jedem Bundesland nach einem einheitlichen Verteilungsschlüssel auf die einzelnen Gemeinden aufgeteilt. Der Schlüssel, also die Höchstbeträge, nachdem sich die Verteilung ergibt, stützt sich auf Modellrechnungen des statistischen Bundesamtes.

Diese Höchstbeträge werden mit dem heutigen Gesetz der realen Entwicklung angepasst. Die Einkommensgrenze für einzeln veranlagte Steuerpflichtige steigt von 35.000 auf 40.000 € und von 70.000 € auf 80.000 € für zusammen veranlagte Ehepaare.

Dadurch sorgen wir für mehr Steuergerechtigkeit zwischen großen und kleinen Gemeinden. Klar ist auch, dass die Kommunen in der aktuellen Lage weiterhin darüber hinaus die Unterstützung von Bund und Land benötigen.

Denn anders als in früheren Jahren schließen die Kommunen in Deutschland über alles ihre Haushalte im Jahr 2023 mit einem Defizit von geschätzt 9 Milliarden € ab und die Lage wird sich in den kommenden Jahren nicht verbessern.



Die Umfrage.

Jetzt seid ihr dran. Ich möchte das Update nutzen, um Euch nach Eurer Meinung zu fragen. Wie die Abstimmung ausgegangen ist, könnt Ihr im nächsten Update einsehen.

Die GDL bestreikt derzeit immer wieder den Bahnverkehr und hat weitere Maßnahmen angekündigt, ohne dass eine Verhandlung in Sicht ist. Auch weitere Bereiche des öffentlichen Lebens werden derzeit in Deutschland immer wieder bestreikt.



Wie stehst du dazu?

- » Ich habe Verständnis dafür und unterstütze die Streikenden. Gute Arbeitsbedingungen und ein fairer Lohn sollten selbstverständlich sein!
- » Auch wenn ich die Beweggründe verstehen kann, geht es mir langsam zu weit. Die Beteiligten sollten sich dringend auf einen Kompromiss einigen.
- » Ich habe kein Verständnis für die Streiks.

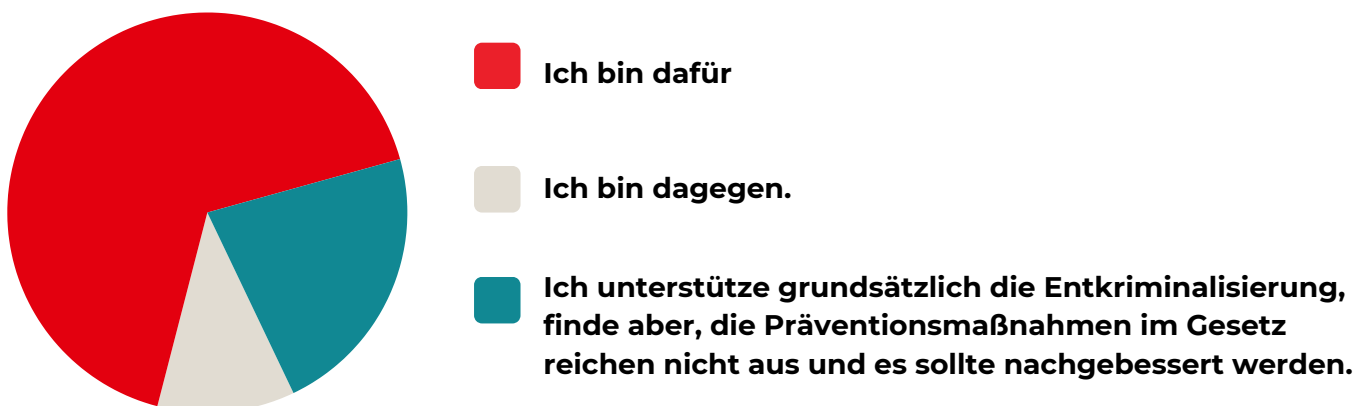
Anschlussfrage: Inwieweit betreffen dich die Streiks?

Hier könnt Ihr anonym online abstimmen!

Letzte Umfrage:

Wie steht Ihr zur Teillegalisierung von Cannabis?

So habt Ihr abgestimmt:



Eine Stimme aus der Umfrage: "Ich hätte es besser gefunden, wenn man Shops wie in Holland eröffnet hätte. Damit kann man besser kontrollieren und das ganze mit Mehrwertsteuer versehen."

90 Sekunden Grundgesetz - Der Videowettbewerb!

Dein Video im Kino! Das Grundgesetz - unsere Verfassung – wird am 23. Mai 75 Jahre alt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Grundrechtsartikel, aber nicht nur sie. Kennst Du sie? Was bedeuten sie Dir? Schützen sie Dich? Würdest Du sie schützen? Sag uns Deine Meinung – und werde kreativ! Mach mit beim Videowettbewerb zum Geburtstag des Grundgesetzes!

Seit 75 Jahren ist unser Grundgesetz das Fundament unserer Gesellschaft, ein Dokument, das unsere Freiheiten, Rechte und Pflichten festlegt.

Es garantiert uns eine Vielzahl von Rechten, die wir oft als selbstverständlich betrachten. Die Freiheit der Meinungsäußerung ermöglicht es uns, unsere Gedanken und Ideen frei zu äußern, sei es online in sozialen Medien oder offline bei Demonstrationen. Die Pressefreiheit sichert uns den Zugang zu unabhängigen Informationen und ermöglicht es uns, die Welt um uns herum kritisch zu hinterfragen.

Wie erlebt Ihr das Grundgesetz im Alltag? Was schätzt Ihr an Euren Rechten, was betrachtet Ihr als Einschränkung oder nervige Pflicht? Wo muss nachgebessert werden?

Sagt uns Eure Meinung zu unserer Verfassung und unseren Grundrechten – in einem 90-sekündigen Video im Hochformat (Reels).

Eurer Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt!

Die besten fünf Einsendungen werden am 27. Mai im SCALA, dem Filmtheater in Warendorf präsentiert. Zu gewinnen gibt es insgesamt 2000 Euro – für Eure Vereins-, Abschluss- oder Mannschaftskasse, oder vielleicht für den nächsten gemeinsamen Urlaub mit Freunden.

Preise:

- 1. Platz: 750€
- 2. Platz: 500€
- 3. Platz: 350€
- 4. Platz: 250€
- 5. Platz: 150€

Jugendpreise - 12 bis 15 Jahre:

- 1. Platz: 300€
- 2. Platz: 100€
- 3. Platz: 100€

Also – worauf wartet Ihr?

Werdet kreativ und macht Euch an's Werk!



Mehr Infos: www.bernhard-daldrup.de/grundgesetz

Regierungsbefragung mit Olaf Scholz.



In einer hitzigen Debatte im Bundestag hat Kanzler Olaf Scholz diese Woche sein klares Nein zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern bekräftigt. Der Einsatz solch weitreichender Waffensysteme kann nicht ohne die Beteiligung deutscher Soldaten stattfinden und stellt damit ein unkalkulierbares Risiko dar. Ich finde es wichtig, dass Deutschland keine Handlungen vornimmt, die den Konflikt weiter eskalieren könnten.

Auch in der Frage eines Ringtauschs stimme ich dem Nein des Kanzlers zu. Die britische Regierung lenkt damit geschickt von ihrer im Vergleich zu Deutschland dürftigen Hilfe für die Ukraine ab. Wir dürfen nicht vergessen, dass Deutschland in Europa mit Abstand den größten Anteil an der Militärhilfe für die Ukraine trägt. Frankreich und Großbritannien, die zuletzt rhetorisch aufgerüstet haben, kommen selbst gemeinsam bei weitem nicht auf den deutschen Beitrag.

Außerdem warne ich davor, den potenziellen Effekt von Taurus-Marschflugkörpern überzubewerten. Die öffentliche Debatte um die Lieferung dieser Raketen wird gerade derart aufgebauscht, dass der Eindruck entsteht, das Schicksal der Ukraine hänge allein von ein paar Raketen ab. Was die Ukraine vielmehr wirklich benötigt, ist Munition, die aufgrund stockender US-Hilfe derzeit knapp ist. Die Bundesregierung arbeitet zusammen mit Deutschlands internationalen Partnern daran, die Versorgung der Ukraine mit Munition sicherzustellen.

Ich stehe deshalb voll und ganz hinter der Position des Kanzlers. Das Geschrei aus den Reihen von CDU/CSU basiert nicht nur auf Unwahrheiten, sondern stellt auch eine Verantwortungslosigkeit dar, die sich nur eine Oppositionspartei erlauben darf. Die SPD trägt hingegen Regierungsverantwortung. Wir unterstützen die Ukraine weiterhin nach Kräften, das steht auch in Zukunft nicht zur Debatte. In einer derart gefährlichen Weltlage ist jedoch weiterhin Besonnenheit das Gebot der Stunde und wir können uns glücklich schätzen, dass nicht Friedrich Merz, sondern Olaf Scholz im Kanzleramt sitzt.

Wir stehen für eine stabile Rente.

Alle, die lange hart gearbeitet haben, müssen auch gut im Alter davon leben können. Mit dem Rentenpaket II setzen wir unser Versprechen um und stabilisieren das Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent.

Klar ist auch: Eine starke Rente braucht einen stabilen Arbeitsmarkt. Das bedeutet gute Löhne durch Tarifbindung, Unterstützung von Beschäftigten im Wandel der Arbeitswelt durch Weiterbildung, gute Arbeitsbedingungen und die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt. Das ist das Rezept für eine stabile Rente von morgen.

Eine klare Absage erteilen wir denjenigen, die das Renteneintrittsalter weiter erhöhen möchten. Das wird es mit uns nicht geben, weil es für viele Millionen Rentnerinnen und Rentner, die einfach nicht bis 70 oder länger schuften können, eine Rentenkürzung bedeutet. Stattdessen investieren wir in Reha- und Präventionsmaßnahmen und sorgen so dafür, dass möglichst alle ihren Job gesund bis zum Eintritt in die Rente ausüben können.

Auf einen Blick:

- Eine auskömmliche Rente sichert nicht nur einen angemessenen Lebensstandard im Ruhestand, sie ist auch Ausdruck von Wertschätzung und Respekt vor der Lebensleistung.
- Wir wollen die gesetzliche Rente als wesentlichen Baustein der Alterssicherung langfristig stabilisieren. Sie ist besonders für Menschen wichtig, die lange und hart gearbeitet haben. Der demografische Wandel stellt das Rentensystem bald vor Herausforderungen.
- Um das Rentensystem zukunftsfest zu machen, ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen in Beschäftigung sind. Dazu sind mehrere Aspekte notwendig: mehr Aus- und Weiterbildung, eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, gesundes Arbeiten von Älteren bis zum Ruhestand, ein inklusiver Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen, die Integration Geflüchteter auf dem Arbeitsmarkt und Fachkräfte aus dem Ausland.
- Um die Rente für kommende Generationen stabil zu halten, sichern wir das Rentenniveau von mindestens 48 Prozent langfristig. Zugleich steigen die Rentenbeiträge in dieser Legislaturperiode nicht über 20 Prozent. Ab Juli 2024 erhalten Erwerbsgeminderte im Bestand höhere Bezüge.
- Zudem schaffen wir ein Generationenkapital in Form eines zusätzlichen kollektiven Kapitalstocks, das einen Beitrag zur dauerhaften Finanzierung eines stabilen Rentenniveaus leistet und dabei helfen soll, Beitragssatzanstiege in Zukunft zu dämpfen. Für das Generationenkapital stellt der Bund für 2024 erstmalig 12 Milliarden Euro als schuldenregelneutrales Darlehen zur Verfügung.

AG Kommunalpolitik.



In der AG Kommunalpolitik haben wir am vergangenen Mittwoch gleich über vier Themen diskutiert: den Stufenplan Smart City mit meinen Bundestagskolleginnen **Emily Vontz** und **Carmen Wegge**, die Bedeutung der ländlichen Räume, den Leerstand und Kommunen und die Kommunen als Kernstück deutscher China-Politik. Zu Gast hatten wir die Gründerin des Netzwerks Zukunftsorte **Julia Paaß** und den Referenten der Friedrich-Ebert-Stiftung **Stefan Pantekoek**.

Das Netzwerk Zukunftsorte hat zum Ziel, ein bundesweites kommunales Netzwerk für Austausch, Wissenstransfer und Sichtbarkeit von Kommunen aufzubauen, die Leerstand (Bestand) gemeinwohlorientiert entwickeln wollen. Ein gutes Beispiel aus der Praxis ist die Komture in Werben. Angrenzend an den mittelalterlichen Altstadt kern, der als Flächendenkmal angemeldet ist, liegt das Gelände der im 12. Jahrhundert entstandenen Komturei. Auf dem Gelände der ehemaligen Komturei entsteht ein ökologisches Modellprojekt um einen gemeinschaftlich genutzten Hof – für sozialen Austausch, digitale und kreative Arbeit, sowie generationen-übergreifendes Wohnen.

Die China-Politik findet in den Kommunen statt. Kommunale Akteure entscheiden meist selbstständig über Investitionen oder Bildungs- und Kulturkooperationen mit chinesischen Akteuren. Sie sind Kernstück deutscher China-Politik. Eine erfolgreiche Neuausrichtung deutscher China-Politik wird davon abhängen, wie sehr die Kommune und ihre Akteure beteiligt werden, um Prozesse nachhaltig auszugestalten.

Standardisierte Ladekabel für Handys, Kameras und Kopfhörer.

„Hast Du mal ein Ladekabel für mein Handy, Modell XYZ?“ Diese Frage gehört bald der Vergangenheit an. Denn bis Ende 2024 soll USB-C zum Standard-Kabel für alle Handys, Kameras und Kopfhörer werden. Dieses Ziel verfolgt die Bundesregierung mit ihrem Gesetzentwurf zur Änderung des Funkanlagengesetzes, den der Bundestag in dieser Woche abschließend beraten hat. Das Gesetz setzt die im Jahr 2022 novellierte EU-Funkanlagen-Richtlinie in nationales Recht um. Diese Richtlinie soll eine Fragmentierung des Marktes bei Ladeschnittstellen und Ladeprotokolle von elektronischen Geräten mit Funkschnittstellen (vor allem Smartphones) verhindern oder reduzieren, die Verbraucherfreundlichkeit verbessern, Ressourcen schonen und Elektronikabfälle verringern.

Vorgesehen ist, die Ladeschnittstellen von kabelgebunden aufladbaren Mobiltelefonen und ähnlichen Kategorien oder Klassen von Funkanlagen (Tablets, Digitalkameras, Kopfhörer und Headsets, tragbare Videospielkonsolen, tragbare Lautsprecher, eBook Reader, Notebooks) bis Ende 2024 zu harmonisieren. Die Geräte können dann über einen einheitlichen Anschluss aufgeladen werden. Ab 2026 wird dieser Ladestandard dann auch für Notebooks gelten. Dann heißt es: Einheitskabel statt Kabelsalat.

Das EU-weit einheitliche Ladekabel spart nicht nur Geld und Zeit, sondern hilft auch, Elektronikschrott zu reduzieren. 2020 kauften Verbraucher:innen in der EU etwa 420 Millionen elektronische Geräte. Sie besitzen im Durchschnitt drei Ladegeräte, von denen sie regelmäßig zwei verwenden. Trotzdem gibt es immer wieder Probleme, weil sie gerade kein passendes Ladegerät zur Hand haben.



Hoher Besuch im Kreis Warendorf.

Innerhalb der letzten Wochen durften wir im Kreis Warendorf zahlreiche hochkarätige Gäste aus der SPD begrüßen. Allen voran unser Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius, der in Warendorf mit uns über die aktuelle sicherheitspolitische Lage diskutierte. ↓
Zu Gast in Ahlen war Lothar Binding, → ehemaliger finanzpolitischer Sprecher und



Vorsitzender der AG60-plus. Er referierte verständlich und unterhaltsam zum Thema Steuern und Vermögensverteilung. Unsere Co-Bundesvorsitzende Saskia Esken kam passend zum Weltfrauentag zu einem frauenpolitischen Frühstück nach Beckum. Danke, dass Ihr bei uns wart!



Fotos: Florian Götting, Johannes Grimmelt, Büro Daldrup